

Stifte brauchen Perspektiven

Die Schweiz solle alles dafür tun, um die Zahl der Maturanden zu erhöhen, denn die heutige Quote sei im internationalen Quervergleich viel zu tief: Die Forderung, mit der die Akademien der Schweiz an die Öffentlichkeit ging, sorgte weitem für Verärgerung.

Weshalb soll die Schweiz die Maturitätsquote erhöhen, nur um international gleichziehen zu können? Und noch schlimmer: Weshalb soll hiezu die Qualität aufs Spiel gesetzt und die hohen Ansprüche nach unten geschraubt werden? Ausserhalb des akademischen Elfenbeinturms sah – zu Recht – niemand ein, weshalb bei der Vorbereitung zur universitären Ausbildung in dieser Art Reformen notwendig sein sollten.

Jetzt scheint sich die Debatte in die richtige Richtung zu drehen. Die CVP weist auf die Gefahr der Akademisierung der Ausbildung hin. Gleichzeitig zeigt die CVP die Relationen auf, die in letzter Zeit vergessen zu gehen scheinen. Denn: Die überwiegende

STANDPUNKT

Mehrheit der Jugendlichen – rund 70 Prozent – erlernt einen Beruf und will gar nicht studieren.

Das ist auch gut so. Ohne die einen gegen die anderen auszuspielen: Die Schweiz braucht nicht nur heute, sondern erst recht auch morgen gut ausgebildete Berufsleute.

Und dies kann nur erreicht werden, wenn den Stiften auch für die Zukunft Perspektiven geboten werden. Die Berufslehre darf nicht zur Einbahnstrasse verkommen. Im Gegenteil: Die von der CVP lancierte Debatte zu mehr Durchlässigkeit und internationaler Anerkennung der Berufsabschlüsse tut not und bringt mehr als das Schielen nach irgendwelchen Quoten.

JÜRGEN AUF DER MAUR

juerg.aufdermaur@zentralschweiz-amsontag.ch

HINWEIS

► Den Artikel «CVP für freien ETH-Zutritt für Stifte» finden Sie auf Seite 3. ◀

Warum wohl heisst es «Grundversicherung»?

Wer mag es den Hausärzten verübeln, wenn sie auf die Barrikaden gehen? Denn wieder zielt ein gesundheitspolitischer Angriff aus Bern auf eine wichtige Einnahmequelle der Ärzte. Eigentlich hätten sie wieder Grund für einen Warnstreik – wie vor einem halben Jahr, als sie wegen der Senkung der Labortarife auf die Strasse gingen.

ANALYSE



Stefan Ragaz über die Rolle der Hausärzte

stefan.ragaz@neue-lz.ch

Diesmal droht das Ungemach in einem anderen Bereich: Mit der Abschaffung der Selbstdispensation sollen sich die Ärzte darauf beschränken, Medikamente zu verschreiben. Diese verkaufen und daran verdienen sollen die Apotheken. Nicht nur aus Ärztesicht ist dieser Vorschlag unverständlich. Auch für die Patienten wäre er mit Umständen und Zusatzkosten verbunden.

Besonders die Hausärzte trifft der Angriff auf die Selbstdispensation hart. Nicht nur zielt er auf einen wichtigen Teil der ärztlichen Nebeneinkünfte, auch ist er als eine unverblühte Unterstellung an die Adresse der Ärzte formuliert: Sie verschreiben zu viele Medikamente oder liessen sich von der Pharmaindustrie steuern. Gerade für die Hausärzte, die auf Kostenbewusstsein und Sparsamkeit getrimmt sind, muss diese Argumentation wie ein Schlag ins Gesicht wirken.

Langsam, aber sicher sollte es auch den Schweizern dämmern, dass es nicht die Hausärzte sind, die Kosten verursachen. Vielmehr sind sie es, die Behandlungsmethoden wählen und Entscheidungen treffen, die Kosten vermeiden oder verhindern. Nicht umsonst werden die Hausarztmodelle von den Krankenkassen mit Prämienrabatten angeboten, und nicht zuletzt deshalb muss es zu einem zentralen Punkt der Gesundheitspolitik werden, die Hausarztmedizin zu stärken, nicht zu schwächen.

Eigentlich sagt der Name alles: Grundversicherung. Nur ist der Name heute weder Programm noch Konzept, noch ist er der reale Rahmen der schweizerischen Gesundheitspolitik. Denn das, was das KVG (Krankenversicherungsgesetz) heute abdeckt, geht weit über die Grundversorgung hinaus. Zwar ist der Bundesrat nicht abgeneigt, auch den Leistungskatalog in der Grundversicherung zu entschlacken, allerdings scheint er den langwierigen Kampf mit Partikularinteressen zu scheuen.

Dabei sollte sich das Gesundheitsdepartement auch die Grundsatzfrage stellen: Wer ist überhaupt für die

Grundversorgung in der Medizin zuständig? Zumal die Antwort auf der Hand liegt: Es sind die Grundversorger oder eben die Allgemeinmediziner. Und dann drängt sich die Anschlussfrage auf: Warum ist der Stellenwert der Hausarztmedizin in der Schweiz so gering? Während die soziale Grundversorgung fast überall in Europa auf dem Hausarztmodell basiert, sind in der Schweiz erst rund 14 Prozent der Versicherten bereit, sich darauf zu verpflichten, zuerst den Hausarzt und nicht den Spezialisten aufzusuchen. Daran und an der Anspruchshaltung der Patienten, dass nur das Beste beziehungsweise das Beste – auch in der Grundversorgung – gut genug sei, krankt ein wesentlicher Teil unseres Gesundheitssystems.

Hausärzte sind die Türöffner der Gesundheitsversorgung. In der komplexen Welt des Gesundheitswesens mit seinen Abhängigkeiten und Interessenkonflikten gibt es keine wichtigere Beziehung als das Verhältnis zwischen Arzt und Patient. Es ist ein Vertrauensverhältnis, das auch von Zwischenmenschlichkeit geprägt ist: Hausärzte kennen ihre Patienten mit ihrer Kranken- und mit ihrer persönlichen Geschichte. Sie kennen häufig auch das soziale Umfeld und erkennen deshalb die psychosozialen Ursachen einer Erkrankung. Sie nehmen damit eine Schlüsselfunktion in der «wirksamen, zweckmässigen und wirtschaftlichen» Erbringung von Leistungen wahr, wie es das KVG verlangt.

So ist es verständlich, dass sich die Hausärzte unter Druck fühlen. Dabei ist der Kampf gegen Labortarife oder für die Selbstdispensation aber nur ein Stellvertreterkampf. Wenn es darum geht, die Hausarztmedizin aufzuwerten, dann wird kein Weg darum herumführen, das Grundeinkommen der Allgemeinmediziner zu verbessern – über eine Revision der Tarmed-Tarife.

Dies wiederum ist allerdings ein heisses Eisen für die Ärzte selber. Denn eigentlich müssten die Hausärzte auf die Strasse gehen, um gegen die hohen Tarife ihrer Spezialistenkollegen zu protestieren.



Ärzte halten bei einer Demonstration in Zürich im vergangenen April die Maske mit dem Gesicht von Gesundheitsminister Pascal Couchepin in die Höhe. EQ

Luzern

Soll die Stadt Luzern den «Stadtkeller» retten?

Nobel-Boutique statt Unterhaltungsrestaurant – dem «Stadtkeller» droht das Aus. Soll die Stadt einschreiten und zur Rettung die Liegenschaft kaufen?

Lobby muss her!

Kulturelles hängt oft am Tropf des Staates. Die anderen, nicht auf diese Art Beglückten sind den Kräften des Unterhaltungsmarktes gnadenlos ausgesetzt. Wer sich zu dieser Spezies zählt, braucht Mut, Engagement und hat kaum Hoffnung auf Jahresend-Boni.

Die Macher des «Stadtkellers» bewegen sich mit Bravour auf diesem Terrain. Ihr kulturelles Winterangebot deckt subventionsfrei praktisch ein gesamtes Unterhaltungssegment in der Stadt Luzern ab. Während der Fasnacht wird das Haus zum Epizentrum der Kakophonie. Der Keller ist eine Institution. Und dies ohne Rechnungsstellung an den Staat. Im Gegenteil: Via Billettsteuer dürfen sich Stadt und die subventionierten Kulturhäuser über den Erfolg des «Stadtkellers» mitfreuen.

Doch es gibt lukrativeres als Kultur oder Gastronomie à la «Stadtkeller» zu betreiben: Textilien einer internationalen Kette zu verkaufen, zum Beispiel. Die Gesetze des Marktes gebieten jetzt den finanziell Schwächeren, die Fahne zu streichen. Eine weitere Boutique für die Frau von 14 bis 30 macht die Stadt um keinen Deut attraktiver. Und die

Andreas Härry*



Schliessung des populären Kellers würde unter der Rubrik «Flops der Stadtentwicklung» eingereiht. Das kann doch der Stadtrat nicht nur «mit Bedauern» zur Kenntnis nehmen?

Bis anhin hat der «Stadtkeller» von der Stadt nie etwas gefordert. Aber jetzt sind juristische Abklärungen hoffentlich in Arbeit. Und das Aufgleisen desselben Engagements, das man damals für den Südpol aufs Parkett legte und jetzt für die Salle Modulable zeigt. Wenn man sich «Kulturstadt» nennt, müssen auch die kulturellen Bedürfnisse der «Stadtkeller»-Konzertbesucher – und damit der «breiten, kulturellen Mitte» – eine starke Lobby in der Stadtregierung haben.

HINWEIS

► * Andreas Härry ist Co-Leiter des Le Théâtre Kriens-Luzern und Mediensprecher des Lozärner Fasnachtskomitees. ◀

Bürger statt Staat

Ich persönlich bedauere sehr, dass dem «Stadtkeller» die Schliessung droht. Rechtlich hat die öffentliche Hand aber keine Möglichkeit, dies zu verhindern. Einen Kauf durch die Stadt lehne ich ab, weil es nicht deren Aufgabe ist, Liegenschaften zu erwerben.

In der Marktwirtschaft bestimmen Angebot und Nachfrage darüber, welche Geschäfte existieren können. Je attraktiver der Standort, je höher der Ertrag, umso höhere Mieten sind die Betreiber bereit zu zahlen, was wiederum die Liegenschaftsbesitzer ermutigt, die Mieten in die Höhe zu schrauben. Folge daraus ist, dass fast nur noch Branchen mit sehr guter Rendite in der Altstadt vertreten sind, was sicher dazu führt, dass der Mix einseitig werden kann.

Diese Umlagerungen finden in fast allen Städten statt. Sie sind ebenso wenig zu verhindern wie das Verlagern von KMU in die Peripherie der Stadt, weil die Betriebe durch ihr Wachstum den Raum nicht mehr finden oder die Bodenpreise zu stark auf die Rendite drücken. Aus meiner Sicht ist es wirt-



Rolf Hunkeler*

CONTRA

schaftspolitisch schwierig, hier sinnvoll einzuschreiten. Was es braucht, sind engagierte Bürger, Hausbesitzer und Unternehmer, die mit Weitblick und Vernunft bewusst ihre Liegenschaften an Geschäfte und Betriebe vermieten, die angemessene, zahlbare Mieten bezahlen können und zum guten Mix beitragen. Das macht langfristig unsere Stadt für uns und den Tourismus attraktiver.

Möglicherweise könnte der Stadtrat Anreize schaffen, die die Vernunft fördern. Mindestens könnte aber der Wirtschaftsbeauftragte sich im vorliegenden Fall vermittelnd für den Erhalt des schönen «Stadthöbels» engagieren.

HINWEIS

► * Rolf Hunkeler ist Präsident des Wirtschaftsverbandes Stadt Luzern. ◀